

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 8

06.03.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **4**

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG GEZIELT FORTSETZEN **4**

RHEINLAND-PFALZ MACHT DAMPF BEI EINWANDERUNGSGESETZ **4**

QUALITÄT DES RHEINLAND-PFÄLZISCHEN WEINS SICHERN **5**

MINDESTLOHN-DIALOG II GIBT KONKRETE HILFESTELLUNGEN **5**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Abgeordnete und Politiker versuchen wir tagtäglich, die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern. Zum Leben gehört aber auch das Sterben. Niemand beschäftigt sich gerne mit dem eigenen Tod oder dem von nahen Angehörigen oder Freunden. Auch für uns Abgeordnete sind die Themen „Sterbehilfe“ und „Sterbebegleitung“ kein politisches Tagesgeschäft, sondern erfordern auch eine ganz persönliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir einmal sterben wollen.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wird in der Plenarsitzung im März deshalb eine Orientierungsdebatte zum Thema „Sterbebegleitung“ stattfinden, auf die wir uns in dieser Woche in einer intensiven Fraktionssitzung vorbereitet haben. Mit Prof. Dr. Jochen Taupitz von der Universität Mannheim und Prof. Dr. Thomas Klie von der Evangelischen Hochschule Freiburg wurden wir dabei von zwei führenden Köpfen unterstützt, die in einer intensiven Diskussion gute und wichtige Impulse setzten. Die zum Teil sehr persönlichen Diskussionsbeiträge der Abgeordneten lassen erahnen, wie schwierig die Orientierungsdebatte im Landtag werden wird.

Ein weiteres Thema hat uns in dieser Woche beschäftigt: Zur zweiten Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR), haben wir uns auf einen guten Weg begeben. Auf Einladung unserer **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** sind wir mit unserem Koalitionspartner und der Opposition zu Gesprächen zusammengekommen. Dabei ist vereinbart worden, dass mehrere Wissenschaftler Analysen und Vorschläge zu sechs Themenfeldern für eine Kommunalreform II erarbeiten sollen. Wir sind gespannt, ob die CDU das ernst meint und den weiteren Prozess unterstützen wird.

Unser Ziel ist klar: Als SPD-Fraktion wollen wir die Zuständigkeiten, Aufgaben und Leistungen der einzelnen Verwaltungsebenen auf den Prüfstand stellen. Änderungen sollen dann in enger Abstimmung mit den Kommunen erfolgen. Dabei setzen wir auf eine hohe Bürgerbeteiligung. Ziel der Kommunalreform II ist es, über die Ebene der Verbandsgemeinden hinauszugehen und die Kreise und kreisfreie Städte miteinzubeziehen. Dabei sollen Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung, die Auswirkungen des digita-

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



len Wandels sowie die Verlagerung der Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Verwaltungsebenen untersucht werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Schweitzer". The signature is stylized and cursive.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Erfolgreiche Konsolidierung gezielt fortsetzen

Der neue Jahresbericht des Landesrechnungshofes belegt, dass unsere **Finanzministerin Doris Ahnen** den Konsolidierungsprozess des Landeshaushaltes konsequent und mit Erfolg fortsetzt. Das strukturelle Defizit liegt 2013 und 2014 unter dem Wert, den der Abbaupfad bis 2020 vorgibt, wenn ein strukturell neuverschuldungsfreier Haushalt aufgestellt werden muss. Das wäre ohne Ausgabendisziplin besonders bei den Personalkosten trotz des sehr niedrigen Zinsniveaus und guter Einnahmeentwicklung nicht möglich gewesen. Natürlich hat der Rechnungshof Recht mit seiner Feststellung, dass bis 2020 noch weitere starke Anstrengungen notwendig sein werden, um die Zielmarke zu erreichen. Dies wird auch in den kommenden Jahren kein leichtes Unterfangen werden.

Unser **finanzpolitischer Sprecher Dr. Denis Alt** hielt fest: *„Die rot-grüne Koalition strebt bei der Konsolidierung weiterhin den größtmöglichen Konsens mit allen wichtigen Akteuren auf Landesebene an. Notwendige Voraussetzung für das Gelingen dieser Anstrengungen ist aber, dass die Einnahmen des Landes gesichert bleiben und auf Bundesebene eine solide Steuerpolitik betrieben wird.“*

Rheinland-Pfalz macht Dampf bei Einwanderungsgesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche Eckpunkte für ein neues Einwanderungsgesetz für Deutschland vorgelegt. *„Mit der Initiative wird eine neue Dynamik in der Integrationspolitik entfacht“*, erklärt unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer. Dadurch wird auch der Bundesratsvorstoß der rot-grünen rheinland-pfälzischen Landesregierung für ein deutsches Einwanderungsgesetz weiteren Anschub erfahren. Auf Initiative unserer **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** und **Integrationsministerin Irene Alt** hat Rheinland-Pfalz an diesem Freitag im Bundesrat einen Entschließungsantrag für ein modernes Einwanderungsgesetz eingebracht. Sowohl die Landesregierung als auch die SPD-Fraktionen im Bundestag und im Landtag setzen sich für ein umfassendes Gesetz ein, um das bisher kleinteilige Einwanderungsrecht zu bündeln.

Qualität des rheinland-pfälzischen Weins sichern

Die SPD-Fraktion hält die Liberalisierung der Rebpfanzrechte, wie sie die EU plant, für den falschen Weg. Daher haben wir seit Jahren in verschiedenen Anträgen und Initiativen auf eine vorsichtige und qualitätsorientierte Ausweitung der Rebpfanzrechte hingewirkt. In diesem Sinne haben wir im Gespräch mit dem Weinbauministerium unsere Position in Bezug auf die im Juni 2013 beschlossenen Ausweitungquoten bei den Rebpfanzrechten von 0,1 bis 0,3 Prozent deutlich gemacht. Unser **weinbaupolitischer Sprecher Wolfgang Schwarz** hat dabei das Weinbauministerium gebeten, die Kriterien des gemeinsamen Antrags aller Fraktionen des Landtages nochmals in die Diskussionen einzubringen: *„Ziel ist es, die Ausweitungquoten so niedrig wie möglich zu halten. Es sollten Steillagenflächen und Flächen von Weinen geschützter Ursprungsbezeichnungen besonders bevorzugt werden. Dies hilft dem Erhalt unserer Steillagen und unserem Qualitätsstreben im rheinland-pfälzischen Weinbau.“*

Mindestlohn-Dialog II gibt konkrete Hilfestellungen

Die übergroße Mehrheit der Deutschen befürwortet ihn, am 1. Januar dieses Jahres ist er in Kraft getreten: Der neue gesetzliche Mindestlohn ist derzeit in aller Munde. Zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Politik wird heiß diskutiert, ob bei der Umsetzung des Mindestlohns noch Änderungen nötig sind. Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion kamen am Donnerstag, 5. März, rund 40 Vertreter von Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeberverbänden und der Landwirtschaft mit Vertretern des Bundesarbeitsministeriums zu einem Mindestlohn-Dialog II im Abgeordnetenhaus zusammen. Die Themen waren „Arbeit und Wirtschaft“.

Angesprochen wurden Fragen zur Ausgestaltung der Dokumentationspflicht und der Generalunternehmerhaftung. Auch spezifische Herausforderungen für landwirtschaftliche Betriebe und Überprüfungen durch den Zoll wurden aufgegriffen. In dieser Frage gab es sogar eine handfeste Neuigkeit. *„Die Vertreter des Bundes haben deutlich gemacht, dass die Art und Weise der Zoll-Kontrollbesuche überprüft werden soll“*, erläuterte **Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**. *„Diese Ankündigung ist wichtig. So können womöglich Ängste bei Betriebsinhabern ausgeräumt werden.“*

Einvernehmen herrschte von allen Seiten über die Notwendigkeit des Mindestlohns in Deutschland. *„Der Mindestlohn ist für uns eine historische Errungenschaft“*, betonte unsere **Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler**. Es sei an der Zeit, auch auf die po-

sitiven Effekte des Mindestlohns hinzuweisen. Die Kaufkraft der Bevölkerung sei beispielsweise angestiegen.

Als SPD-Fraktion werden wir uns weiter mit den Argumenten der beteiligten Akteure auseinandersetzen und darüber auch künftig den engen Dialog mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales suchen. Unser *Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer* stellte gleichzeitig jedoch klar, dass es keine grundsätzlichen Abweichungen des von der großen Koalition gemeinsam beschlossenen Mindestlohngesetzes geben dürfe.

Zum Mindestlohn-Dialog II hatten *Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer* und die Vorsitzende unseres Arbeitskreises für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie *Kathrin Anklam-Trapp* und unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin *Dr. Tanja Machalet* eingeladen. Der Mindestlohn-Dialog II war bereits das zweite Fachgespräch der SPD-Fraktion zum neuen Mindestlohn. Im Mindestlohn-Dialog I am 5. Februar 2015 ging es vor allem um das Thema „Mindestlohn und Ehrenamt“.